

Antrag 114/II/2021**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Obdachlosigkeit beenden**

1 Obdachlosigkeit und obdachlose Menschen gehören wie
 2 selbstverständlich zum Berliner Stadtbild. Auf dem Weg
 3 zur Arbeit, zur Schule, zum Ausbildungsplatz und in den
 4 öffentlichen Verkehrsmitteln begegnen sie uns, ohne dass
 5 wir uns weiter mit ihnen beschäftigen. Auch der Staat hat
 6 die Situation und die Probleme obdachloser Menschen
 7 viel zu lange unterschätzt und sie vor allem als „Gefahr für
 8 die öffentliche Ordnung“ begriffen, was dazu geführt hat,
 9 dass sich vor allem zivilgesellschaftliche und kirchliche Or-
 10 ganisationen um die Bedürfnisse und Sorgen obdachloser
 11 Menschen kümmern. Diese sind dabei chronisch unterbe-
 12 setzt, haben finanzielle Probleme und könnten ihre An-
 13 gebote ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Bür-
 14 ger*innen überhaupt nicht aufrechterhalten. Das muss
 15 sich ändern! Wir brauchen staatliche, auf die Bedürfnisse
 16 obdachloser Menschen zugeschnittene, barrierefreie und
 17 garantierte Hilfsangebote!

18

Zuständigkeit der Behörden

Wir fordern:

- 21 • Die Schaffung einheitlicher Rahmenbedingungen
22 für obdachlose Menschen in allen Bürger*innenäm-
23 tern.
- 24 • Die Betreuung von obdachlosen Personen dort, wo
25 ihr Lebensumfeld ist. Die Zuordnung von obdachlo-
26 sen Personen nach Geburtsmonat ist abzuschaffen.
27 Obdachlose Personen muss freier Zugang zu den
28 Bürger*innenämtern ihrer Wahl verschafft werden.
- 29 • Die Gebühr für die Ausstellung eines vorläufigen
30 Personalausweises ist abzuschaffen.
- 31 • Es soll ein Kooperationsabkommen zwischen dem
32 Land Berlin und dem Bundesministerium für Arbeit
33 und Soziales erzielt werden, um die Zuständigkei-
34 ten für die bezirkliche Dokumentenausstellung und
35 die Beantragung und Verwaltung von Grundsiche-
36 rungsleistungen für obdachlose Personen in einer
37 Behörde zu bündeln und in einem Behördengang zu
38 ermöglichen. Diese Behörde soll ebenfalls medizini-
39 sche und psychologische Beratungsleistung und Be-
40 treuungsangebote durch Sozialarbeiter*innen vor-
41 nehmen können.
- 42 • Die Schaffung einer eigenen Landesbehörde für die
43 Bekämpfung von Obdachlosigkeit, welche bei der
44 Senatsverwaltung für Soziales angesiedelt werden
45 soll. Die gesetzliche Grundlage für diese Behörde
46 soll in einem eigenen Obdachlosigkeitsgesetz ge-
47 schaffen werden. Obdachlosigkeit soll nicht mehr

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Obdachlosigkeit und obdachlose Menschen gehören wie
 selbstverständlich zum Berliner Stadtbild. Auf dem Weg
 zur Arbeit, zur Schule, zum Ausbildungsplatz und in den
 öffentlichen Verkehrsmitteln begegnen sie uns, ohne dass
 wir uns weiter mit ihnen beschäftigen. Auch der Staat hat
 die Situation und die Probleme obdachloser Menschen
 viel zu lange unterschätzt und sie vor allem als „Gefahr für
 die öffentliche Ordnung“ begriffen, was dazu geführt hat,
 dass sich vor allem zivilgesellschaftliche und kirchliche Or-
 ganisationen um die Bedürfnisse und Sorgen obdachloser
 Menschen kümmern. Diese sind dabei chronisch unterbe-
 setzt, haben finanzielle Probleme und könnten ihre An-
 gebote ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Bür-
 ger*innen überhaupt nicht aufrechterhalten. Das muss
 sich ändern! Wir brauchen staatliche, auf die Bedürfnisse
 obdachloser Menschen zugeschnittene, barrierefreie und
 garantierte Hilfsangebote!

LEITGEDANKEN EINER REFORM SOLLTEN SEIN:

Wir fordern:

- Die Schaffung einheitlicher Rahmenbedingungen
für obdachlose Menschen in allen Bürger*innenäm-
tern.
- Die Betreuung von obdachlosen Personen dort, wo
ihre Lebensumfeld ist. Die Zuordnung von obdachlo-
sen Personen nach Geburtsmonat ist abzuschaffen.
Obdachlose Personen muss freier Zugang zu den
Bürger*innenämtern ihrer Wahl verschafft werden.
- Die Gebühr für die Ausstellung eines vorläufigen
Personalausweises ist abzuschaffen.
- Es soll ein Kooperationsabkommen zwischen dem
Land Berlin und dem Bundesministerium für Arbeit
und Soziales erzielt werden, um die Zuständigkei-
ten für die bezirkliche Dokumentenausstellung und
die Beantragung und Verwaltung von Grundsiche-
rungsleistungen für obdachlose Personen in einer
Behörde zu bündeln und in einem Behördengang zu
ermöglichen. Diese Behörde soll ebenfalls medizini-
sche und psychologische Beratungsleistung und Be-
treuungsangebote durch Sozialarbeiter*innen vor-
nehmen können.
- Die Schaffung einer eigenen Landesbehörde für die
Bekämpfung von Obdachlosigkeit, welche bei der
Senatsverwaltung für Soziales angesiedelt werden
soll. Die gesetzliche Grundlage für diese Behörde
soll in einem eigenen Obdachlosigkeitsgesetz ge-
schaffen werden. Obdachlosigkeit soll nicht mehr

- 48 im ASOG geregelt sein.
- 49 • Massive Ausweitung der Finanzierung. Die Bezirke
50 brauchen bedarfsgerechte und gesicherte Finanzie-
51 rung für Sozialarbeiter*innen, Notunterkünfte und
52 die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse von
53 obdachlosen Menschen.
- 54 • Langfristig fordern wir die Schaffung eines neuen
55 Sozialgesetzbuches XV auf Bundesebene eigens für
56 die zielgerichtete Bekämpfung von Obdachlosigkeit
57 als soziales Problem. Letztendlich soll die Zustän-
58 digkeit gänzlich aus den Jobcentern entfernt wer-
59 den und bei einer eigenen Bundesbehörde zur Be-
60 kämpfung von Obdachlosigkeit angesiedelt werden.
61 Die Maßnahmen sollen von Bundesebene finansi-
62 ell verstetigt werden, damit die neue Behörde die
63 Kommunen und die Betroffenen bestmöglich, be-
64 darfsgerecht, zielgerichtet und effizient unterstüt-
65 zen kann.

67 **Unterbringung**

68 Wir fordern:

- 69 • So schnell wie möglich Notunterkünfte, zum Bei-
70 spiel aus Containern oder in leerstehenden Hotels
71 und Bürogebäuden, die auf die grundlegenden Be-
72 dürfnisse (Privatsphäre, Barrierefreiheit, Haustiere,
73 Partnerschaften, Sicherheit) obdachloser Menschen
74 eingehen, zu bauen und zur Verfügung zu stellen.
- 75 • Die Unterbringung obdachloser Menschen in Einzel-
76 zimmern
- 77 • Modellprojekte – wie housing first – mehr in den Fo-
78 kus zu rücken und diese auszuweiten.
- 79 • Die bestehenden Unterkünfte durch geschultes und
80 ausgebildetes Personal, sowie deutlich höhere Fi-
81 nanzmittel, zu unterstützen.

83 **housing first**

84 Wir fordern:

- 85 • Das Projekt Housing First Berlin, welches nachweis-
86 lich und nachhaltig wirksam ist, muss als Regelkon-
87 zept der Berliner Wohnungslosenhilfe über die gan-
88 ze Stadt ausgeweitet werden.
- 89 • Investitionen des Landes Berlin in das Unterbrin-
90 gungssystem müssen künftig in den Bau und die Be-
91 wirtschaffung bezahlbarer Wohnungen fließen.
- 92 • Städtische Wohnungsbaugesellschaften (GEWO-
93 BAG, degewo etc.) müssen Soforthilfe leisten,
94 mehr Wohnungen für das Projekt Housing First zur
95 Verfügung stellen und neue Wohnungen hierfür
96 bauen.
- 97 • Von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften
98 zur Verfügung gestellte Wohnungen müssen ver-
99 kehrsgünstig liegen.

100

im ASOG geregelt sein.

- Massive Ausweitung der Finanzierung. Die Bezirke
brauchen bedarfsgerechte und gesicherte Finanzie-
rung für Sozialarbeiter*innen, Notunterkünfte und
die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse von
obdachlosen Menschen.
- Langfristig fordern wir die Schaffung eines neuen
Sozialgesetzbuches XV auf Bundesebene eigens für
die zielgerichtete Bekämpfung von Obdachlosigkeit
als soziales Problem. Letztendlich soll die Zustän-
digkeit gänzlich aus den Jobcentern entfernt wer-
den und bei einer eigenen Bundesbehörde zur Be-
kämpfung von Obdachlosigkeit angesiedelt werden.
Die Maßnahmen sollen von Bundesebene finansi-
ell verstetigt werden, damit die neue Behörde die
Kommunen und die Betroffenen bestmöglich, be-
darfsgerecht, zielgerichtet und effizient unterstüt-
zen kann.

Unterbringung

Wir fordern:

- So schnell wie möglich Notunterkünfte, zum Bei-
spiel aus Containern oder in leerstehenden Hotels
und Bürogebäuden, die auf die grundlegenden Be-
dürfnisse (Privatsphäre, Barrierefreiheit, Haustiere,
Partnerschaften, Sicherheit) obdachloser Menschen
eingehen, zu bauen und zur Verfügung zu stellen.
- Die Unterbringung obdachloser Menschen in Einzel-
zimmern
- Modellprojekte – wie housing first – mehr in den Fo-
kus zu rücken und diese auszuweiten.
- Die bestehenden Unterkünfte durch geschultes und
ausgebildetes Personal, sowie deutlich höhere Fi-
nanzmittel, zu unterstützen.

housing first

Wir fordern:

- Das Projekt Housing First Berlin, welches nachweis-
lich und nachhaltig wirksam ist, muss als Regelkon-
zept der Berliner Wohnungslosenhilfe über die gan-
ze Stadt ausgeweitet werden.
- Investitionen des Landes Berlin in das Unterbrin-
gungssystem müssen künftig in den Bau und die Be-
wirtschaftung bezahlbarer Wohnungen fließen.
- Städtische Wohnungsbaugesellschaften (GEWO-
BAG, degewo etc.) müssen Soforthilfe leisten,
mehr Wohnungen für das Projekt Housing First zur
Verfügung stellen und neue Wohnungen hierfür
bauen.
- Von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften
zur Verfügung gestellte Wohnungen müssen ver-
kehrsgünstig liegen.

101 Frauen in Obdachlosigkeit

102 Wir fordern:

- 103 • Die Durchführung einer geschlechtsspezifischen
- 104 Datenerhebung.
- 105 • Die Schaffung neuer staatlicher Unterkünfte für
- 106 Frauen in allen Stadtteilen. Konkret: eine Notunter-
- 107 kunft für obdachlose Frauen in der City West.
- 108 • Überwachung von Hotspots von sexuellen Übergrif-
- 109 fen durch die verstärkte Präsenz von Sicherheitsper-
- 110 sonal.
- 111 • Die Ermöglichung einer kostenfreien Nutzung aller
- 112 öffentlichen Toiletten für Frauen.
- 113 • Die Ausstattung von öffentlichen Toiletten mit
- 114 kostenfreien Hygieneprodukten und Schwanger-
- 115 schaftstests.

116

117 Migration und Obdachlosigkeit

118 Wir fordern:

- 119 • Die Unterstützung der Berliner Obdachlosenhilfe
- 120 durch die Anstellung von Menschen mit Sprach-
- 121 kenntnissen oder den Einsatz von Dolmetscher*in-
- 122 nen.
- 123 • Eine gesamteuropäische Zusammenarbeit auf dem
- 124 Gebiet der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe.
- 125 • "Housing First" als Förderprojekt bei der Kommissi-
- 126 on anzusiedeln.
- 127 • Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren für
- 128 EU-Mitgliedsstaaten, die Menschenrechte durch
- 129 staatliche Repressionen gegen obdachlose Men-
- 130 schen missachten.

131

132 Altersarmut und Obdachlosigkeit

133 Wir fordern:

- 134 • Die Einführung von Hilfsangeboten im Rahmen der
- 135 staatlichen und zivilgesellschaftlichen Obdachlo-
- 136 senhilfe, welche auf die Bedürfnisse von Rentner*in-
- 137 nen eingehen können und die sie bei Behördengän-
- 138 gen, Besorgungen und auf der Suche nach ggf. güns-
- 139 tigen

140 Wohnungen unterstützen.

141

142 Medizinische Versorgung

143 Wir fordern:

- 144 • Mehr öffentliche Gelder für die Bezahlung von me-
- 145 dizinischem Personal in Ambulanzen für obdachlose
- 146 Menschen bereitzustellen.
- 147 • Die Schaffung kostenloser ambulanter psychiatri-
- 148 scher Betreuung unabhängig von einer stationären
- 149 psychiatrischen Behandlung und gleichzeitiger Un-
- 150 terbringung der Menschen in einem eigenen und
- 151 sicheren Wohnumfeld. Das bedeutet, den Sozial-
- 152 psychiatrischen Dienst auszuweiten, mehr Perso-
- 153 nal einzustellen und eine verstärkte Zusammenar-

Frauen in Obdachlosigkeit

Wir fordern:

- Die Durchführung einer geschlechtsspezifischen
- Datenerhebung.
- Die Schaffung neuer staatlicher Unterkünfte für
- Frauen in allen Stadtteilen. Konkret: eine Notunter-
- kunft für obdachlose Frauen in der City West.
- Überwachung von Hotspots von sexuellen Übergrif-
- fen durch die verstärkte Präsenz von Sicherheitsper-
- sonal.
- Die Ermöglichung einer kostenfreien Nutzung aller
- öffentlichen Toiletten für Frauen.
- Die Ausstattung von öffentlichen Toiletten mit
- kostenfreien Hygieneprodukten und Schwanger-
- schaftstests.

Migration und Obdachlosigkeit

Wir fordern:

- Die Unterstützung der Berliner Obdachlosenhilfe
- durch die Anstellung von Menschen mit Sprach-
- kenntnissen oder den Einsatz von Dolmetscher*in-
- nen.
- Eine gesamteuropäische Zusammenarbeit auf dem
- Gebiet der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe.
- "Housing First" als Förderprojekt bei der Kommissi-
- on anzusiedeln.
- Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren für
- EU-Mitgliedsstaaten, die Menschenrechte durch
- staatliche Repressionen gegen obdachlose Men-
- schon missachten.

Altersarmut und Obdachlosigkeit

Wir fordern:

- Die Einführung von Hilfsangeboten im Rahmen der
- staatlichen und zivilgesellschaftlichen Obdachlo-
- senhilfe, welche auf die Bedürfnisse von Rentner*in-
- nen eingehen können und die sie bei Behördengän-
- gen, Besorgungen und auf der Suche nach ggf. güns-
- tigen

Wohnungen unterstützen.

Medizinische Versorgung

Wir fordern:

- Mehr öffentliche Gelder für die Bezahlung von me-
- dizinischem Personal in Ambulanzen für obdachlose
- Menschen bereitzustellen.
- Die Schaffung kostenloser ambulanter psychiatri-
- scher Betreuung unabhängig von einer stationären
- psychiatrischen Behandlung und gleichzeitiger Un-
- terbringung der Menschen in einem eigenen und
- sicheren Wohnumfeld. Das bedeutet, den Sozial-
- psychiatrischen Dienst auszuweiten, mehr Perso-

- 154 beit von Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und
155 Psychiater*innen.
- 156 • Ein Angebot sozialpsychiatrischer Gespräche in
157 allen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen für
158 obdach- und wohnungslose Menschen soll einge-
159 führt und durch das Land Berlin finanziert werden,
160 wobei die Inanspruchnahme der Hilfe durch
161 Dolmetscher*innen immer möglich sein muss.
 - 162 • Die Schaffung und Finanzierung von mehr (thera-
163 peutischem) Wohnraum für die Zeit nach einem Kli-
164 nikaufenthalt für obdachlose Menschen.
 - 165 • Eine unbürokratische allgemeine Krankenversiche-
166 rung für obdachlose Menschen.

167

168 Mobile Hilfsangebote

169 Wir fordern:

- 170 • Die finanzielle und personelle Ausstattung der mo-
171 bilien Hilfsangebote deutlich auszubauen und staat-
172 liche Stellen, die die zivilgesellschaftlichen Angebo-
173 te unterstützen, aufzubauen.
- 174 • Die Aufnahme mobiler Hilfsangebote in das Portfo-
175 lio bereits bestehender staatlicher Hilfsangebote.

176

177

178 Sicherheit obdachloser Menschen

179 Daher fordern wir:

- 180 • Die allgemeine Öffnung der Notunterkünfte für
181 Hunde oder separate Zimmer für Menschen mit Tie-
182 ren.
- 183 • Engere Zusammenarbeit der Berliner Polizei mit den
184 Hilfseinrichtungen und deren geschultes Personal.
- 185 • Sensibilisierung und Schulung der Berliner Poli-
186 zist*innen im Umgang mit obdachlosen Menschen.
- 187 • Eine anonyme Anlaufstelle innerhalb der Polizei, zu
188 etablieren, damit obdachlose Menschen Unterstüt-
189 zung erhalten können.

190 Drogenpolitik

191 Wir fordern:

- 192 • Die Aufhebung der Meldepflicht für Drogenbesitz in
193 Einrichtungen der Obdachlosenhilfe.
- 194 • Den massiven Ausbau von Konsumräumen in allen
195 Berliner Bezirken.
- 196 • Eine kompetente Drogenberatung durch speziell ge-
197 schultes Personal bei gleichzeitiger Unterbringung
198 der Menschen in einem sicheren Wohnumfeld.
- 199 • Den Ausbau des Angebotes an sogenannten Sprit-
200 zenautomaten.

201

202 Nutzung des ÖPNV

203 Wir fordern:

- 204 • In Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn und
205 der BVG Konzepte zu entwickeln, die es obdachlo-
206 sen Menschen auch weiterhin ermöglichen sollen,

nal einzustellen und eine verstärkte Zusammenar-
beit von Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und
Psychiater*innen.

- Ein Angebot sozialpsychiatrischer Gespräche in
allen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen für
obdach- und wohnungslose Menschen soll einge-
führt und durch das Land Berlin finanziert werden,
wobei die Inanspruchnahme der Hilfe durch
Dolmetscher*innen immer möglich sein muss.
- Die Schaffung und Finanzierung von mehr (thera-
peutischem) Wohnraum für die Zeit nach einem Kli-
nikaufenthalt für obdachlose Menschen.
- Eine unbürokratische allgemeine Krankenversiche-
rung für obdachlose Menschen.

Mobile Hilfsangebote

Wir fordern:

- Die finanzielle und personelle Ausstattung der mo-
bilien Hilfsangebote deutlich auszubauen und staat-
liche Stellen, die die zivilgesellschaftlichen Angebo-
te unterstützen, aufzubauen.
- Die Aufnahme mobiler Hilfsangebote in das Portfo-
lio bereits bestehender staatlicher Hilfsangebote.

Sicherheit obdachloser Menschen

Daher fordern wir:

- Die allgemeine Öffnung der Notunterkünfte für
Hunde oder separate Zimmer für Menschen mit Tie-
ren.
- Engere Zusammenarbeit der Berliner Polizei mit den
Hilfseinrichtungen und deren geschultes Personal.
- Sensibilisierung und Schulung der Berliner Poli-
zist*innen im Umgang mit obdachlosen Menschen.
- Eine anonyme Anlaufstelle innerhalb der Polizei, zu
etablieren, damit obdachlose Menschen Unterstüt-
zung erhalten können.

Drogenpolitik

Wir fordern:

- Die Aufhebung der Meldepflicht für Drogenbesitz in
Einrichtungen der Obdachlosenhilfe.
- Den massiven Ausbau von Konsumräumen in allen
Berliner Bezirken.
- Eine kompetente Drogenberatung durch speziell ge-
schultes Personal bei gleichzeitiger Unterbringung
der Menschen in einem sicheren Wohnumfeld.
- Den Ausbau des Angebotes an sogenannten Sprit-
zenautomaten.

Nutzung des ÖPNV

Wir fordern:

- In Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn und
der BVG Konzepte zu entwickeln, die es obdachlo-

207 Bahnhöfe und Bahnhofshallen als Schlafplatz oder
208 Zufluchtsort vor schlechtem Wetter zu nutzen.

209

210 **Verbesserung der Datenlage**

211 Wir fordern:

- 212 • Vor der nächsten Zählung muss klar zu kommuni-
213 zieren, dass aus den erhobenen Zahlen ein entspre-
214 chender Ausbau der Unterbringungsmöglichkeiten
215 folgt.
- 216 • Bei der kommenden Zählung die Freiwilligen im Vor-
217 feld intensiv von Expert*innen zu schulen. Gleichzei-
218 tig bessere Schätzmethoden zur Erfassung verdeck-
219 ter Obdachlosigkeit zu entwickeln.
- 220 • Das Zählen in unbeleuchteten Flächen und den Kon-
221 takt mit obdachlosen Menschen unter Berücksich-
222 tigung der Sicherheit der Zählenden zu gewährleis-
223 ten, ohne hierfür Sicherheitskräfte einzusetzen.

224

225

sen Menschen auch weiterhin ermöglichen sollen,
Bahnhöfe und Bahnhofshallen als Schlafplatz oder
Zufluchtsort vor schlechtem Wetter zu nutzen.

Verbesserung der Datenlage

Wir fordern:

- Vor der nächsten Zählung muss klar zu kommuni-
zieren, dass aus den erhobenen Zahlen ein entspre-
chender Ausbau der Unterbringungsmöglichkeiten
folgt.
- Bei der kommenden Zählung die Freiwilligen im Vor-
feld intensiv von Expert*innen zu schulen. Gleichzei-
tig bessere Schätzmethoden zur Erfassung verdeck-
ter Obdachlosigkeit zu entwickeln.
- Das Zählen in unbeleuchteten Flächen und den Kon-
takt mit obdachlosen Menschen unter Berücksich-
tigung der Sicherheit der Zählenden zu gewährleis-
ten, ohne hierfür Sicherheitskräfte einzusetzen.